

Lichtenstein-Collberger Tageblatt

früher Wochen- und Nachrichtenblatt

gleich
Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau u. Mülsen.
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

Ar. 59.

Preis-Anschlag
Nr. 7.

53. Jahrgang.
Freitag, den 13. März

Telegramm-Adresse:
Tageblatt.

1903.

Das Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 6, alle Kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgepaltene Korpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Ausnahme der Inserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr. — Am „Amtlichen Teil“ wird die amtsblattige Zeile oder deren Raum mit 30 Pfennigen berechnet. Für auswärtige Inserenten kostet die fünfgepaltene Zeile 15 Pfennige. —

Bekanntmachung, die Kriegsteilnehmer betreffend.

Zufolge ergangener Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern ist behufs Erlangung statistischen Materials festzustellen, wieviel Kriegsteilnehmer überhaupt noch vorhanden sind.

Es ergeht deshalb hiermit an alle dem Mannschaftsstande — Unteroffiziere und Gemeine — angehörige Teilnehmer an den Feldzügen von 1849, 1866 und 1870/71 die Aufforderung, sich unter Vorlegung ihrer Militärpapiere **s o f o r t**, spätestens aber

bis zum 18. d. s. Mts.,

in der hiesigen Ratsregistratur zu melden oder melden zu lassen. Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Bundesregierung der Sachsen 1863/64 nach Holstein als Feldzug nicht anzusehen ist.
Lichtenstein, am 10. März 1903.

Der Stadtrat.

Stecher,
Bürgermeister.

5/13g.

Die Volksbibliothek zu Hohndorf

ist täglich während der Expeditionszeit des Gemeindeamtes geöffnet und wird zur fleißigen Benutzung angelegentlich empfohlen.

Freibank.

Heute Freitag, d. 13. März, von nachm. 3 Uhr ab
Fleischverkauf
(frisches Schweinefleisch), à Pfd. 50 Pfg.,
sowie morgen **Sonnabend**, den 14. März, von vorm. 1/29 Uhr ab
frisches Rindfleisch, à Pfd. 45 Pfg.

Mühlholz-Auktion

auf Oberwaldenburger Revier.

Es sollen

im Gärthofe „zur Rake“ in Overtirschheim

Donnerstag, den 19. März c.

vormittags 9 Uhr,

| | | |
|--------------------------|------------------------|-----------|
| 14 Laubholz-Stämme (bi.) | von 11/21 cm. Mittst., | |
| 1 Stamm (bi.) | 30 " | |
| 190 Ndlh.-Stämme | 10/26 " | |
| 2 Lsh.-Klöcher (bi.) | 16/22 " | Oberst., |
| 1 Ndlh.-Kloß | 16/22 " | |
| 100 " Stangen | 5/9 " | Unterst., |
| 260 " " | 10/15 " | |

aufbereitet im
Hauptrevier Abt. 28 und
34 Kahlschläge, Abt. 29
und 30 Einzelhölzer.

versteigert werden.
Königliche Forstverwaltung Oberwaldenburg.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

Nh. Berlin, 10. März 1903.

(Nachdruck verboten.)

Auch der heutige Tag brachte wieder zwei Sitzungen. Das Gerücht davon, daß die Linke die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifeln würde, schwirte bereits gestern durch das Haus und hatte eine für die Verhältnisse der letzten Zeit ungewöhnlich große Anzahl von Abgeordneten herbeigekockt, um dem Reichstage die Blamage ewiger Beschlußunfähigkeit vor dem Lande zu ersparen. Aber vergeblich! Nachdem zuerst über die Militärgerichte gesprochen und die bestehenden Mißstände von den Abgeordneten Beckh-Coburg (fr. Vp.) und Liebermann von Sonnenberg (Antif.) gerügt worden, ging das Haus zur Beratung der für 205 Oberstleutnants geforderten Gehaltserhöhung über. Die Kommission hatte diese Forderung gestrichen und aus dem Plenum wurden Wünsche dahin laut, dieselbe wiederherzustellen. Als es zur Abstimmung kommen sollte, zweifelte Singer (soz.) die Beschlußfähigkeit des Hauses an und die Auszählung durch Namensaufruf ergab die Anwesenheit von nur 172 Mitgliedern, während zur Beschlußfähigkeit 199 gehören. Das Haus war also wieder einmal nicht beschlußfähig. Wenn sich dasselbe Schauspiel noch öfter wiederholt, so wird es nicht lange dauern, und der deutsche Reichstag spielt dieselbe lächerliche Rolle wie der „berühmte“ Radeburger Landtag, der bekanntlich seit seinem 33-jährigen Bestehen noch nie beschlußfähig gewesen ist. — Die Sitzung mußte abgebrochen werden und der Präsident Graf Ballestrem beraumte die nächste Sitzung auf eine halbe Stunde später (3 1/2 Uhr) an.

Vorsichtigerweise übersprang er bei Festsetzung der Tagesordnung alle diejenigen Statistiken, bei denen eine Abstimmung noch heute zu erwarten war, und stellte einen Gegenstand zur Beratung, bei dem er eine längere Debatte voraussetzte, die militär-technische Hochschule. Allein er hatte sich getäuscht. Nachdem der Professor Müller-Breslau als Regierungskommissar die Forderung begründet hatte, wurde dieselbe der Budgetkommission zur nochmaligen Beratung überwiesen, ohne daß eine Debatte entstanden wäre. Das Haus trat dann in die Beratung des Kapitels „Artillerie- und Waffenwesen“ ein. Hierbei entspann sich, wie alljährlich, eine Auseinandersetzung zwischen dem konservativen Vertreter Spandaus, Pauli, und den Sozialdemokraten über die Arbeitsverhältnisse in den königlichen Waffenwerkstätten. Die letzteren betonten außerdem mehrfach, daß der Staat von seinen Armeelieferanten übervorteilt werde, und richteten dabei besonders Angriffe gegen die Firma Krupp und den sogen. Pulverring, sodaß der Kriegs-

minister sich genötigt sah, diesen Angriffen entgegenzutreten. Hieraus entwickelte sich ein scharfes Wortgefecht zwischen Bebel und Singer einerseits und dem Kriegsminister andererseits, das den Rahmen des Sachlichen sehr bald verließ und sich zu dem gestaltete, was man in der parlamentarischen Sprache mit „persönlichen Bemerkungen“ zu bezeichnen pflegt.

Nh. Berlin, 11. März 1903.

Die Militärwerkstätten in Spandau beschäftigten auch heute noch während des größten Teiles der Sitzung das Haus. Die Sitzung wurde durch die gestern schon von Bebel angekündigte Rede des Sozialdemokraten Zubeil eingeleitet, die über zwei Stunden in Anspruch nahm und sich in dem Tone einer Volksversammlungsrede bewegte. Auch die Erwiderung des konservativen Abgeordneten Pauli war nicht viel anders gehalten. Die beiden alten Gegner führen sich heute wieder einmal gründlich in die Haare, aber auf eine Weise, welche hart an die Grenzen des parlamentarisch Erlaubten freifte, ja diese Grenzen teilweise überschritt, sodaß sich Zubeil für seine wenig geschmackvolle Polemik gegen Pauli einen Ordnungsruf holte. Aus dem niedrigen Niveau wurde die Verhandlung erst durch die Rede des Bevollmächtigten zum Bundesrat, des preussischen Generalmajors von Einern, emporgehoben. Herr von Einern, der Chef der Artilleriewerkstätten, eine vornehme, schlanke Erscheinung mit geistreichen markanten Gesichtszügen, dessen noch jugendliche Beweglichkeit durch einen erst kürzlich erlittenen Weinbruch etwas behindert war, zeigte sich nicht nur als tüchtiger Fachmann, sondern auch als gewandter Debatter. Mit der Eleganz eines alten Fehlers streckte er seinen sozialdemokratischen Widersacher in den Sand, indem er mit unerbittlicher Logik nachwies, daß alle Gründe, die Zubeil angeführt hatte, nur dazu dienen mußten, die sozialdemokratischen Anklagen zu entkräften. Herr Zubeil aber beruhigte sich erst, als er sich eine zweite gründliche Abfuhr von dem schlagfertigen General geholt hatte, die um so nachdrücklicher war, als Generalmajor von Einern es vortrefflich verstand, seine Rede mit heißender Satire, verstärkt durch derbe militärische Ausdrücke, zu würzen. Besiegt räumte Zubeil das Feld und trat seine Stelle dem Ujag der Sozialdemokraten, Herrn Bebel, ab. Den Kampf mit diesem nahm der konservative Abgeordnete Graf Roon auf und stand wacker seinen Mann. Die folgenden Reden der Abgeordneten Ledebour (soz.) und Müller-Sagan waren ohne Belang.

Die ohnehin sehr interessante Sitzung bot heute noch ein interessantes Moment insofern, als das Haus beschlußfähig war. So konnte denn heute die gestern ausgelegte Beschlußfassung über die im Etat geforderte Gehaltserhöhung für 205 Ober-

leutnants vollzogen werden. Sie ergab Ablehnung der Forderung. Dann wurden noch eine Reihe weiterer Titel erledigt, und zwar ohne Debatte. Heute hatten wieder, wie gewöhnlich bei diesem Teil der Etatsberatung, die Sozialdemokraten das Hauptkontingent der Redner gestellt. Aber der Erfolg der Sozialdemokratie dürfte ein negativer gewesen sein, denn wenn auch die Quantität der Reden nichts zu wünschen übrig ließ, so waren sie qualitativ dafür um so unbedeutender und viele Stimmen werden sie der äußersten Linken nicht eingebracht haben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Wie die „Frk. Ztg.“ erfährt, steht nunmehr fest, daß Preußen in diesem Jahre keine neue Anleihe aufnimmt. Das Reich bereitet für die erste Hälfte des April die Emission von etwa 400 Millionen Mark vor.

* In parlamentarischen Kreisen fällt es auf, daß die vom Reichskanzler angekündigte, an sich sehr einfache Vorlage betr. die Sicherung des Wahlgereimnisses noch immer nicht eingebracht ist, obwohl doch die Session ihrem Ende zugeht. Eine parlamentarische Korrespondenz verzeichnet das Gerücht, daß Einflüsse außerhalb der Regierung diese Vorlage verzögerten.

* Wie der „Lokal-Anzeiger“ meldet, treffe die Meldung, die diesjährige Frühlingsparade ausfallen zu lassen, und die Abhaltung einer großen militärischen Uebung auf dem Döberitzer Gelände mit der Absicht des Kaisers zusammen, welcher seinem Ahnen, Friedrich den Großen zur Erinnerung an die Manöver, welcher diese vor 150 Jahren auf dem Döberitzer Felde abhielt, ein Denkmal setzen lassen will, welches bei dieser Gelegenheit enthüllt werden soll.

* Mardenkötter in London verhaftet. Fast fünf Wochen nach seiner Flucht aus Berlin während einer zweitägigen Pause in der Gerichtsverhandlung ist der Kurpfuscher Mardenkötter in London verhaftet worden. Es geht dem „B. Z.“ darüber folgende telegraphische Meldung zu: Der Berliner Kurpfuscher Mardenkötter, welcher während der Prozeßverhandlungen gegen ihn geflüchtet war, ist in London verhaftet worden. Er wurde dem Bow-Street-Polizeigericht in der Angelegenheit seiner Auslieferung vorgeführt und dann bis zum Eintreffen weiterer Verfügungen in die Untersuchungshaft zurückgebracht.

* Gegenüber der Behauptung des Abgeordneten Bebel im Reichstage, die Firma Krupp habe an die Vereinigten Staaten Panzerplatten um 400 bis 500 Mark billiger geliefert als an Deutschland, wird von maßgebender Seite mitgeteilt, daß die